

Antrag

A1 Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragssteller*innen: KjG, KLJB, Kolpingjugend, DV Limburg

Antragstext

1 Angesichts der Zeitenwende, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die
2 Ukraine und die damit einhergehende akute Bedrohung des Friedens in Europa
3 eingeleitet wurde, sowie mit Blick auf die zunehmend volatile weltpolitische
4 Lage, geraten Fragen der nationalen und europäischen Sicherheitspolitik
5 verstärkt in den Fokus^[1]. Hinzu kommen autoritäre und militärische Dynamiken
6 sowie ein spürbarer Rechtsruck in vielen Teilen Europas, die den
7 gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratischen Werte massiv
8 herausfordern^[2]. In dieser Situation wird die Debatte um die Reaktivierung der
9 allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung eines zivilen oder sozialen
10 Pflichtdienstes in Deutschland wieder mit großer Intensität geführt^[3].

11 Die Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) spricht
12 sich innerhalb dieser Debatte gegen eine Reaktivierung der allgemeinen
13 Wehrpflicht und gegen jede Form von zivilem oder sozialem Pflichtdienst aus. Wir
14 bekräftigen unsere friedensethische Haltung, dass Sicherheit, Frieden und
15 gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht durch Pflichtdienste, sondern durch
16 freiwilliges, werteorientiertes Engagement, politische Beteiligung und
17 demokratische Bildung entstehen.

18 Notwendige Verteidigungsfähigkeit ist ohne Wehrpflicht möglich: Es gibt andere
19 Staaten, Modelle und Expertisen, die zeigen: Eine ausreichend starke und
20 leistungsfähige Bundeswehr lässt sich u.a. auch durch Freiwillige, Reservisten,
21 bessere Anreize, Gehälter und Ausstattung aufbauen.

22 Wir setzen uns für eine starke und resiliente Gesellschaft ein. Dazu gehört für
23 uns die Stärkung von freiwilligen Engagement in Zivilgesellschaft,
24 Katastrophenschutz und auch in der Bundeswehr. In der aktuellen Debatte sind uns
25 folgende Aspekte wichtig:

26 **1. Freiwilligkeit statt Pflicht.**

27 Junge Menschen dürfen nicht zu einem Dienst gezwungen werden. Ein
28 allgemeiner Pflichtdienst, unabhängig, ob militärisch, in
29 zivilgesellschaftlichen Diensten oder Hilfsorganisationen (sogenannte
30 Blaulichtorganisationen), ist ein tiefer Eingriff in die Grund- und
31 Freiheitsrechte und widerspricht unserer Vorstellung einer
32 selbstbestimmten und solidarischen Gesellschaft. Er würde junge Menschen
33

34 entmündigen, anstatt sie zu befähigen, freiwillig Verantwortung zu
35 übernehmen. Eine Musterung darf zudem nur dann erfolgen, wenn eine Person
36 grundsätzlich bereit ist, den Wehrdienst anzutreten. Ein Losverfahren
lehnen wir klar ab.

37 **2. Stärkung der Freiwilligendienste.**

38 Die Jugendverbände und Freiwilligendienste zeigen seit Jahrzehnten, dass
39 Engagement funktioniert, wenn es auf Freiwilligkeit beruht. Der Bund und
40 die Länder müssen bestehende Freiwilligendienste (wie FSJ, FÖJ, IJFD, BFD,
41 weltwärts) und deren Träger strukturell, finanziell und rechtlich
42 absichern. Dazu gehört ein gesetzlicher Rechtsanspruch auf Förderung jeder
43 abgeschlossenen Freiwilligendienstvereinbarung zwischen Freiwilligen,
44 Trägern und Einsatzstellen und ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld
45 mindestens auf BAföG-Niveau, um soziale Hürden abzubauen[4]. Wir schließen
46 uns der Forderung nach einem Freiwilligendienste-Stärkungsgesetz an.
47 Freiwilliges Engagement darf keine Frage des Einkommens oder der sozialen
48 Herkunft sein, um soziale Hürden abzubauen[5].**Zur Gleichwertigkeit dieser**
49 **Engagementformen zählt zudem, dass Anschreiben an junge Menschen nicht nur**
50 **über den Dienst in der Bundeswehr informieren, sondern ebenso umfassend**
51 **über alle zivilen Engagementmöglichkeiten aufklären und auf diese**
52 **verweisen. Nur so entsteht echte Wahlfreiheit zwischen den Diensten, die**
53 **im Sinne der Selbstbestimmung und des Abbaus von Klassismus unbedingt**
54 **gewährleistet werden muss.**

55 **3. Politische Verantwortung und Beteiligung**

56 Junge Menschen und ihre Verbände müssen dauerhaft, verbindlich und wirksam
57 in alle politischen Prozesse einbezogen werden, die ihre Gegenwart und
58 Zukunft betreffen. Dies beinhaltet, mit jungen Menschen zu sprechen, ihre
59 Perspektiven ernst zu nehmen und sie systematisch an politischen
60 Entscheidungen zu beteiligen. Das gilt in aktuellen Debatten um Wehrdienst
61 den Wehrdienst besonders.

62
63 Wir fordern deshalb die Absenkung des Wahlalters für junge Menschen[6], um
64 politische Teilhabe strukturell zu sichern. Darüber hinaus müssen
65 Jugendverbände als zentrale Ort demokratischer Bildung, Mitbestimmung und
66 Friedenserziehung gefördert und systematisch in politische Prozesse
67 eingebunden werden.

68
69 Dafür braucht es verbindliche Beteiligungsmechanismen, die sicherstellen,
70 dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aktiv Einfluss auf
71 politische Entscheidungen nehmen können. Die Positionierungen und
72 Stellungnahmen von Jugendverbänden – insbesondere im Rahmen der
73 Verbändebeteiligung bei Gesetzgebungsverfahren – müssen spürbar
74 berücksichtigt werden. Nur so wird Beteiligung zur gelebten Demokratie und
junge Menschen werden als gleichberechtigte politische Akteur*innen
anerkannt.

75 **4. Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit.**

76 Engagement-, sicherheits- und sozialpolitische Diskurse müssen nicht nur
77 zusammengedacht, sondern so gestaltet werden, dass feministische
78 Perspektiven systematisch einbezogen und gestärkt werden. In den Debatten
79 um Wehrdienst ist daher zu berücksichtigen, welche sozialen, ökonomischen
80 und strukturellen Auswirkungen solche Modelle auf Bildungs- und
81 Erwerbsbiografien sowie Lebensverläufe junger Menschen haben –
82 insbesondere im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit. Dabei bedeutet
83 Geschlechtergerechtigkeit nicht, alle gleich zu behandeln, sondern die
84 unterschiedlichen Lebensrealitäten, Chancen und Belastungen von Menschen
85 gerecht zu berücksichtigen.

86 **5. Notwendige Begleitstrukturen.** Psychologische, seelsorgliche,
87 berufsvorbereitende und sozialpädagogische Begleitstrukturen müssen ein
88 zentrales Element für Menschen in allen Dienstensein. Dafür müssen die
89 bestehenden Anlaufstellen und Träger systematisch unterstützt und
90 ausgebaut werden. Hierzu gehört ebenso der Ausbau vondiskriminierungs- und
91 rassismussensible Strukturen sowie wirksame Präventions- und
92 Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.

93 **Trotz unserer klaren Haltung, die Pflichtdienste grundsätzlich ablehnt,**
94 **formulieren wir aufgrund der aktuellen Debatte zusätzliche Forderungen an die**
95 **Bundesregierung für den Fall einer Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht.** In
96 **diesem Fall muss deren Ausgestaltung möglichst gerecht, freiheitswahrend und**
97 **verantwortungsvoll erfolgen.** Unsere Position gründet auf einer über 70jährigen
98 Befassung mit friedensehischen Fragestellungen sowie einer jahreihntelangen
99 Auseinandersetzung mit zivilgesellschaftlichen und militärischen Diensten aus
100 jugend- und gesellschaftspolitischer Perspektive. Vor diesem Hintergrund haben
101 wir eine klare Haltung entwickelt. Folgende Aspekte müssen in der aktuellen
102 Debatte Berücksichtigung finden:

103 **5. Gleichwertigkeit aller Dienste.**

104 Alle Dienste in zivilgesellschaftlichen, militärischen sowie die
105 Helfdendienste (sogenannte Blaulichtorganisationen) müssen finanziell,
106 strukturell und gesellschaftlich gleichwertig ausgestattet und anerkannt
107 werden. Hierbei bedeutet die finanzielle Gleichwertigkeit, dass Anreize
108 für einen Dienst nicht so ausgestaltet sein dürfen, dass Menschen aus
109 sozioökonomisch schwachen Haushalten faktisch in einen Dienst gedrängt
110 werden. Jede Entscheidung muss frei getroffen werden können – unabhängig
111 finanzialer Hintergründe und ungleicher Chancen.

112 **Da ein möglicher Ersatzdienst – sei es nun ein reaktivierter „alter**
113 **Zivildienst“ oder ein neues Format – von den zivilgesellschaftlichen**
114 **Strukturen maßgeblich umgesetzt werden müsste und unabhängig davon**
115 **Auswirkungen auf die etablierten Freiwilligendienstformate haben würde,**
116 **sind aus verbandlicher Sicht folgende Aspekte zu berücksichtigen: Es**
117 **sollte eine differenzierte Auswertung der Erfahrungen des ehemaligen**

118 **Zivildienstes stattfinden. Auch wenn Zivildienstleistende der**
119 **Wehrüberwachung unterliegen und in einem verpflichtenden Dienstverhältnis**
120 **stehen, sollte ein künftiger Dienst so ausgestaltet sein, dass**
121 **gemeinwohlorientierte und unterstützende Tätigkeiten von den**
122 **Zivildienstleistenden als sinnstiftend wahrgenommen werden. Die in den**
123 **Freiwilligendiensten erprobten Elemente der Bildung und Begleitung sollten**
124 **hier Berücksichtigung finden. Bei den Freiwilligendienstformaten handelt**
125 **es sich um etablierte Bildungs- und Orientierungsangebote, in denen die**
126 **Freiwilligen im Zentrum stehen. Diese Formate sind offen für Alle,**
127 **unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Gesundheit oder körperlichen**
128 **Voraussetzungen und unterscheiden sich damit zentral vom neuen Wehrdienst**
129 **sowie einem möglichen Ersatzdienst. Die pädagogische Begleitung ist der**
130 **Kern dieser Formate und stellt sicher, dass dieses zeitintensive,**
131 **rechtsverbindliche freiwillige Engagement ein Gewinn hoch drei ist: für**
132 **die Freiwilligen, die Menschen in den Einrichtungen und die Gesellschaft**
133 **als Ganzes. Die positiven Aspekte aus den Freiwilligendiensten sind**
134 **unbedingt zu würdigen und bei der Ausgestaltung eines möglichen**
135 **Ersatzdienstes mit einzubeziehen. Grundsätzlich müssen die Bedarfe junger**
136 **Menschen Berücksichtigung finden. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass es**
137 **keine negativen Effekte gibt wie etwa:**

- 138 • die Verdrängung gewissen Personengruppen aus dem BFD, da Plätze für
139 Zivildienstleistende vorgehalten werden müssen. Darunter zählen
140 insbesondere junge Frauen, Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit,
141 ältere Freiwillige oder von ausgemusterten jungen Männern,
- 142 • fehlende Anerkennung und Wertschätzung (materiell, immateriell sowie die
143 sozioökonomische Absicherung) für zivilgesellschaftliche Dienste,
- 144 • eine Entwertung von sozialen Arbeitsfeldern, etwa weil
145 Zivildienstleistende als nicht an den Mindestlohn gebundene Hilfskräfte
146 eingesetzt werden,
- 147 • Verdrängung der Vielfalt an aktuellen Einsatzfeldern in den
148 Freiwilligendiensten – beispielsweise in den Bereichen Kultur, Sport und
149 Umwelt. Ein Großteil dieser potenziellen Negativ-Effekte kann durch die
150 Umsetzung der drei Forderungen des Konzepts der Vision 2030 abgefedert
151 werden.[\[4\]](#)

152 **6. Generationengerechtigkeit.**

153 Gesellschaftliche Herausforderungen und Krisen erfordern gemeinsames
154 Handeln und Solidarität über alle Altersgruppen hinweg. Es darf nicht
155 allein an jungen Menschen liegen, Verantwortung zu übernehmen und die
156 Folgen politischer oder gesellschaftlicher Krisen zu kompensieren, wie es
157 in der Vergangenheit schon der Fall war [6]. **Generationengerechtigkeit**
158 muss Kompass politischer Verantwortung sein. Dies bedeutet, Sicherheit,
159 Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt solidarisch über alle

160 Altersgruppen hinweg zu tragen. Deshalb sollen nicht nur junge Menschen in
161 die Pflicht genommen werden. Friedenssicherung ist die Verantwortung aller
162 Generationen.

163 7. Notwendige Begleitstrukturen.

164 Im militärischen Dienst sind Menschen mit Situationen konfrontiert, die
165 tief in die persönliche Ethik, Psyche und Lebensperspektive eingreifen
166 können. Deshalb müssen psychologische und sozialpädagogische
167 Begleitstrukturen ein zentraler Bestandteil des Diensts sein. Es braucht
168 auch hier diskriminierungs- und rassismussensible Strukturen sowie
169 wirksame Präventions- und Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.
170 Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext, dass junge Menschen nicht
171 zu Tätigkeiten verpflichtet werden dürfen, die ihrer psychischen
172 Gesundheit schaden oder Diskriminierung oder Traumatisierungen fördern.
173 Als positives Beispiel engagiert sich der BDKJ mit der "aktion kaserne"
174 gezielt für junge Soldat*innen. Dabei bieten wir politische und ethische
175 Bildungsangebote an, die das Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform"
176 stärken. Zudem unterstützen wir sie dabei, Möglichkeiten für
177 ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Streitkräfte wahrzunehmen und sich
178 als Vertrauenspersonen zu qualifizieren. Dieses Engagement ist Teil
179 unseres Beitrags zur Stärkung der ethischen und sozialen Begleitung im
180 militärischen Umfeld.[\[9\]](#)

181 Als überzeugte Christ*innen und Europäer*innen halten wir an unseren Zielen und
182 Werten fest, die wir in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an
183 Politik und Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben:

184 Konflikte werden nicht durch Aufrüstung gelöst, sondern durch Entwaffnung,
185 Rüstungsexportkontrollen, sowie Perspektivangebote für Betroffene.[\[10\]](#) Darüber
186 hinaus ist neben einer Sicherheitspolitik jenseits von Macht- und Militärlogik,
187 eine gezielte Stärkung von Krisenprävention, humanitärer Hilfe sowie Bildung und
188 Entwicklungszusammenarbeit essenziell zur Erhaltung und zum Wiederaufbau von
189 Frieden.[\[11\]](#) Und auch angesichts wachsender autoritärer und militärischer
190 Dynamiken ist eine friedensethische Weiterentwicklung nötig, die Menschenrechte,
191 zivile Konfliktbearbeitung und nachhaltige Friedensordnung ins Zentrum stellt.
192 Diplomatie und Friedensarbeit müssen vorrangig genutzt werden und militärische
193 Verteidigung darf nur als letztes Mittel gewählt werden.[\[12\]](#)

194 Wir fordern die Mitglieder des deutschen Bundestages, insbesondere den
195 Bundesverteidigungsminister und den Bundeskanzler dazu auf, die Perspektive
196 junger Menschen ernst zu nehmen und entsprechend zu berücksichtigen. Wir fordern
197 die Bundesjugendministerin zudem dazu auf, sich in allen Anliegen, die
198 insbesondere junge Menschen betreffen, sich für diese einzusetzen und eine
199 starke Stimme für sie im Bundeskabinett zu sein.

200 Wir fordern die Deutsche Bischofskonferenz auf, ihre im Oktober 2025
201 beschlossene Erklärung zur Wehrdienstdebatte[\[13\]](#) verstärkt in die politische
202 Diskussion einzubringen und sich entsprechend für friedensethische Perspektiven

203 und die Rechte junger Menschen einzusetzen.
204 Wir sind davon überzeugt, dass junge Menschen ihr volles Potenzial entfalten
205 können, wenn sie sich aus eigenem Antrieb engagieren. Wenn diese durch die
206 entsprechenden Rahmenbedingungen[14] gefördert werden, ergeben sich nachhaltige
207 Anreize für langfristiges freiwilliges gesellschaftliches Engagement.

208 [1]<https://www.tagesschau.de/thema/ukraine>

209 [2]<https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-rechtsruck-100.html>; <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-populismus-rechtsruck-100.html>;

210 [3]<https://www.youtube.com/watch?v=Si3oSLYS60U>;
211 <https://www.tagesschau.de/thema/wehrpflicht>

212 [4] „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der
213 BDKJ-Hauptversammlung 2024.

214 [5] „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der
215 BDKJ-Hauptversammlung 2024.

216 [6] „Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung“, Beschluss
217 der BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Jugend beteiligen jetzt!“, Beschluss der BDKJ-
218 Hauptversammlung 2019.

219 [7] Wie z.B. der Corona-Pandemie oder der Klimakrise, vermehrte Belastung des
220 Generationenvertrags durch den demografischen Wandel.

221 [8] „Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung“, Beschluss
222 der BDKJ-Hauptversammlung von 2025.

223 [9]<https://www.bdkj.de/aktionen/aktion-kaserne>

224 [10] „Kinder und Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen“, Beschluss der BDKJ-
225 Hauptversammlung 2016.

226 [11] „Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln –
227 Perspektive für alle Menschen schaffen“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung
228 2019.

229 [12] „Menschen schützen – Gewalt überwinden – Frieden nachhaltig stärken“,
230 Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2023.

231 [13]https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2025/2025-167a-Erklaerung-zur-Debatte-um-den-Wehrdienst-Wortlaut.pdf

232 [14] „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der
233 BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Ehrenamt anerkennen – Engagement fördern und
234 würdigen“, Beschluss der DBJR-Vollversammlung 2017.

Begründung

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird seit Frühjahr 2025 wieder intensiv politisch diskutiert. Das Bundeskabinett hat einen Gesetzesentwurf beschlossen, der eine verpflichtende Wehrerfassung ab 2026 und eine Musterung ab 2027 vorsieht. Die Union hat nun sogar die Debatte um einen sofortigen Pflichtdienst ohne freiwilligen Faktor neu aufgewärmt. Diese Entwicklung stellt einen massiven jugendpolitischen Rückschritt dar und verlangt eine klare Positionierung des BDKJ. Kritiker*innen und Befürworter*innen betonen, dass viele Weichenstellungen noch 2025 fallen werden. Außerdem erhalten bereits jetzt der BDKJ und seine Mitgliedsverbände zunehmend Nachfragen zu diesem Thema.

Der letzte Beschluss zur Wehrpflicht stammt aus dem Jahr 2002. Er forderte bereits damals die Aussetzung der Wehrpflicht aus jugend- und friedenspolitischen Gründen. Die damaligen Argumente, wie eingeschränkte Grundrechte, fehlende Wehrgerechtigkeit und das Ende der sicherheitspolitischen Bedrohungslage, sind bis heute gültig. Sie müssen jedoch im Lichte neuer Herausforderungen fortgeschrieben werden.

1. Freiwilligkeit als Grundlage jugendgerechter Gesellschaft

Freiwilliges Engagement ist Ausdruck von Eigenverantwortung, Solidarität und Demokratie. Diese Werte stehen im Zentrum der Jugendverbandsarbeit. Ein Pflichtdienst, ob militärisch oder zivil, widerspricht dieser Logik. Er entmündigt junge Menschen, anstatt sie zu befähigen, Verantwortung freiwillig zu übernehmen. Die Jugendverbände zeigen seit Jahrzehnten, dass Engagement funktioniert, wenn es auf Freiwilligkeit beruht.

2. Friedens- und sicherheitspolitische Perspektive

Friedens- und Konfliktforschung betonen, dass dauerhafte Sicherheit nicht durch Zwang und Militarisierung, sondern durch Prävention, Diplomatie, Bildung und soziale Gerechtigkeit entsteht. Friedenssicherung bedeutet, Ursachen von Konflikten (Armut, Ungleichheit, Klimakrisen, Diskriminierung) zu bekämpfen, anstatt militärisch zu reagieren. Der BDKJ steht für eine zivile Sicherheitspolitik, die auf internationale Kooperation, Versöhnung und Menschenrechte setzt.

3. Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit

Ein Modell, das nur junge Männer erfasst, widerspricht den Grundwerten der Gleichberechtigung. Eine Ausweitung auf alle Geschlechter würde jedoch die Freiheitsrechte aller jungen Menschen massiv einschränken. Der BDKJ lehnt beides ab und fordert gleichstellungspolitisch konsequente Alternativen: Freiwilligendienste, politische Bildung und Engagementförderung.

4. Freiwilligendienste als gelebte Solidarität

Die Freiwilligendienste leisten einen zentralen Beitrag zur Demokratiebildung, sozialen Gerechtigkeit und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Sie sind die friedliche, solidarische Alternative zur Wehrpflicht. Ein Rechtsanspruch auf Förderung und eine sozial gerechte Finanzierung sind notwendig, damit alle jungen Menschen unabhängig von Einkommen und Herkunft teilnehmen können.

5. Jugendgerechtigkeit und Teilhabe

Eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft nimmt die Perspektiven junger Menschen ernst. Sie schafft Freiräume statt Zwänge, fördert Bildung statt Musterung und setzt auf Engagement statt Pflicht. Junge Menschen sind Friedensakteur*innen – keine Ressource für sicherheitspolitische Symbolpolitik.